



# Kompetenzordnung der Sozialbehörde Bülach

Ausschuss Vormundschaft



## **Einleitung**

Die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft, trägt die Verantwortung für die Einhaltung des Vormundschaftsrechtes gemäss Schweizerischen Zivilgesetzbuch im Sinne der vorliegenden Kompetenzordnung.

## **Grundsätze**

Die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft, ist zuständig für alle Bereiche des Vormundschaftswesens, somit für die Anordnung, Aufhebung und Durchführung sämtlicher vormundschaftlicher Massnahmen.

Sie ernennt und entlässt Vormund, Beistand und Beirat, überwacht deren Tätigkeit und wirkt mit bei der Durchführung von bestimmten Massnahmen.

Die Behörde hat die Aufgaben der Mandatsträger in Notsituationen oder Verhinderung stellvertretend zu übernehmen.

Die Persönlichkeit der Betroffenen ist zu achten und das Selbstbestimmungsrecht im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten zu wahren und zu schützen.

## **Organe**

### **Vorsitz**

Der verantwortliche Stadtrat für das Geschäftsfeld Soziales führt den Vorsitz der Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft.

### **Mitglieder**

Vier vom Gemeinderat gewählte Personen sind Mitglied der Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft. Der/die Leiter/in Vormundschaft nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

## **Verfahren**

### **Zivilrechtlicher Kinderschutz Art. 307 - 327 des ZGB**

Bei Massnahmen des Kinderschutzes wird das Jugendsekretariat mit den Abklärungen beauftragt. Wenn eine Massnahme errichtet wird, werden grundsätzlich Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen des Jugendsekretariates als Mandatsträger eingesetzt.



### Spezialaufgaben im Scheidungsrecht

Sorge- und Besuchsrecht nach ZGB

Bei Bedarf wird das Jugendsekretariat zugezogen.

### Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene

Vorsorgliche vormundschaftliche Massnahmen Art. 386 ZGB

Beistandschaft Art. 392 / 393 / 394 ZGB

Beiratschaft Art. 395 / ZGB

Vormundschaft Art. 369 / 370 / 371 / 372 ZGB

### Fürsorgerischer Freiheitsentzug

Art. 397 a-f ZGB

### Pflegekinderwesen

gemäss kant. Verordnung vom 11.9.1969

Diese Aufgabe wird in Zusammenarbeit mit dem Jugendsekretariat, bzw. der Bezirksjugendkommission wahrgenommen.

### Allgemeines Verfahren

Gestützt auf einen Antrag oder bei Kenntnis einer Problemsituation beschliesst die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft, vormundschaftliche Massnahmen zu prüfen und allenfalls einzuleiten.

Bei vormundschaftlichen Massnahmen sind Abklärungen durch den/die Leiter/in Vormundschaft zu treffen, in Ausnahmefällen durch Mitglieder der Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft.

Das Umfeld der von der Massnahme betroffenen Person ist in die Abklärung mit einzubeziehen (Spitex, Familie, Nachbarn, etc.). Wenn angezeigt, sind ein Arztzeugnis oder andere Berichte von Fachpersonen einzuholen.

Der betroffenen Person muss rechtliches Gehör im Sinne einer Anhörung gewährt werden. Für die ganzheitliche Beurteilung der Situation müssen ev. weitere Personen angehört werden.

Die Behörde setzt eine geeignete Person als Mandatsträger mit klar umschriebenen Aufgaben ein. Die Behörde fasst Beschluss über die Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme und stellt gegebenenfalls Antrag an den Bezirksrat.



## Kompetenzen

### Der/die Präsident/in

In dringenden Fällen kann der Sozialvorstand mit einer Präsidialverfügung eine Massnahme beschliessen und hat sie der Behörde an der nächsten Sitzung vorzulegen.

Wenn es die Zeit zulässt, kann auch mittels eines Zirkularbeschlusses eine Massnahme angeordnet werden. Bei Vermögenstransaktionen, die nötig sind, damit ein Mandatsträger weiterhin seine Geschäfte tätigen kann, können der Präsident und der/die Leiterin Vormundschaft den Antrag prüfen und zu Zweien zeichnen. Die Behörde ist an der nächsten Sitzung darüber zu informieren.

### Die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft

Auf Antrag des Jugendsekretariates beschliesst die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft über die Anordnung von zivilrechtlichen Massnahmen des Kindesschutzes.

Bei Vertretungsbeistandschaften nach Art. 392 ZGB, Beistandschaften auf eigenes Begehren nach Art 394 ZGB und vorsorglichen vormundschaftlichen Massnahmen nach Art 386 ZGB entscheidet die Sozialbehörde, Ausschuss Vormundschaft.

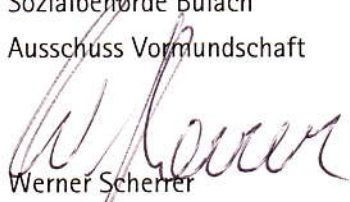
Bei allen Massnahmen mit Einschränkung der Handlungsfähigkeit und bei strittigem Entzug des Sorgerechtes für Kinder ist dem Bezirksrat Antrag zu stellen.

### Der/die Leiter/in Vormundschaft

Siehe Stellenbeschreibung

Diese Kompetenzordnung wurde an der Sitzung der Sozialbehörde vom 8. Juli 2002 genehmigt und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Sozialbehörde Bülach  
Ausschuss Vormundschaft

  
Werner Scherrer  
Präsident Sozialbehörde

  
Hansjörg Maag  
Leiter Vormundschaft

Bülach, 8. Juli 2002